

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit beende ich die Beratung.

Ich komme zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8889**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/8176 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist diese Empfehlung **angenommen** und damit der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu:

13 Aktienrecht auf ein nachhaltiges Unternehmensmanagement ausrichten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6957

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8890

Ich weise darauf hin, dass dieser Antrag gemäß unserer Geschäftsordnung an den Haushalts- und Finanzausschuss mit der Maßgabe überwiesen wurde, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Diese liegt jetzt vor.

Die Fraktionen haben sich – nur als Hinweis für diejenigen, die gerade den Plenarsaal verlassen wollen – darauf verständigt, dass wir auf eine Debatte verzichten und sofort zur Abstimmung kommen. – Das beeindruckt die Abgeordneten aber offenbar überhaupt nicht.

(Zurufe: Doch!)

– Doch? Ich freue mich, die Kollegen wieder begrüßen zu dürfen.

(Beifall von der CDU)

Wir kommen also unmittelbar zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8890**, den Antrag Drucksache 14/6957 abzulehnen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit ist diese Empfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen zu:

14 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8884

erste Lesung

Zur Einbringung erteile ich für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Deppe das Wort. Er steht auch schon hier. Bitte schön, Herr Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute ist ein guter Tag –

(Beifall von CDU und FDP)

sogar ein sehr guter; denn wir schaffen eine Steuer ab. Wann gibt es das schon einmal in deutschen Parlamenten? Wir in Nordrhein-Westfalen schaffen das.

(Beifall von CDU und FDP)

1922 wurde in Preußen die Jagdsteuer eingeführt. Heute, 87 Jahre später, unternehmen wir den ersten Schritt, diese Steuer in Nordrhein-Westfalen wieder abzuschaffen. Die Sektsteuer ist übrigens sogar noch ein bisschen älter; sie stammt aus dem Jahr 1902 und hat ihren Zweck ebenfalls längst verloren.

Anfang des letzten Jahrhunderts, zur Zeit der Einführung der Jagdsteuer, sicherte die Jagd den Fleischkonsum des Jägers. Nach 1945 wurde mit dem Verkauf des Wildbrets noch Geld verdient. Heute ist die Situation ganz anders. Jäger pflegen Biotope, Jäger sorgen für Artenvielfalt, Jäger engagieren sich für den Erhalt der Natur, und Jäger betreiben aktiv Umweltbildung. Heute sind die Jäger anerkannte und unverzichtbare Schützer der Natur. Heute wird mit der Jagd kein Geld verdient. Im Gegenteil! Heute investieren die Jäger sehr viel Geld und sehr viel Freizeit in den Erhalt unserer Wildtiere und in den Schutz der Natur. Dafür danken wir ihnen, weil ihr Einsatz wirklich wichtig ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Seit jeher übernehmen die Jäger Aufgaben, die vom Grundsatz von der Allgemeinheit zu leisten wären. Insbesondere die Beseitigung des Fallwilds schlägt hier zu Buche. In unserem dicht besiedelten Land mit seinem engmaschigen Straßennetz sorgen die Jäger dafür, dass angefahrene und überfahrene Wildtiere aufgespürt und schadlos beseitigt werden – 24 Stunden rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr, ca. 25.000 Mal Jahr für Jahr.

Meine Damen und Herren, wir hätten in NRW die Tollwut nicht so gut wie ausgerottet, wenn die Jäger nicht über Jahre hinweg die Veterinärbehörden dabei unterstützt hätten bzw. es für sie übernom-

men hätten, die Impfköder auszubringen. Bei der Bekämpfung der Wildschweinepest, beim Eingraben der Impfköder und bei der notwendigen Reduzierung des Wildschweinbestandes stellen sich die Jäger jetzt wieder ganz selbstverständlich in den Dienst der Allgemeinheit.

Wir danken dem Landesjagdverband dafür, dass er sich bereit erklärt hat, mit dem Land und den Kreisen die bisher freiwillig übernommenen Leistungen, insbesondere die Beseitigung des Fallwildes, zukünftig vertraglich abzusichern und zudem das Engagement im Umweltbereich und bei der Umweltbildung zu intensivieren. Das sichert dauerhaft die Fallwildbeseitigung, was den Kreisen langfristige Sicherheit gibt. Darüber hinaus hilft es uns allen, wenn seitens der Jäger noch mehr als bisher für den Naturschutz getan wird.

Über die Details des Gesetzentwurfes von CDU und FDP, zum Beispiel die Übergangsfristen, werden wir in den Ausschüssen noch beraten.

Meine Damen und Herren, wir vertrauen den Jägern. Die Jagdsteuer hat ihre Berechtigung verloren. Sie ist überholt und ungerecht. Deshalb schaffen wir sie, wie von uns vor der Wahl zugesagt, jetzt Schritt für Schritt ab.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Deppe hat es schon gesagt: Die Koalition der Erneuerung löst ihre im Wahlkampf gegebenen Versprechen ein.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Koalition löst sich langsam auf!)

Wir schaffen die Jagdsteuer ab.

(Beifall von der FDP)

Die Jagdsteuer ist sachlich nicht mehr zu rechtfertigen. Darauf brauche ich nicht näher einzugehen; das hat Kollege Deppe schon ausgeführt.

Allerdings versteige ich mich nicht, Herr Kollege Deppe, dem Landesjagdverband viel zu danken. Die Verhandlungen mit dem Landesjagdverband hatten schon etwas Besonderes; ich denke an einen Landesjägersatz, der nicht nur erfreulich war.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aha, erzählen Sie mehr!)

Gleichwohl ist ein faires Ergebnis dabei herausgekommen. Auf der einen Seite werden die Leistungen, die die Jäger erbringen – wie Fallwildbeseitigung, Naturschutz und Umweltbildung – und die sie

jetzt freiwillig machen, festgeschrieben. Dem steht die Abschaffung der Jagdsteuer gegenüber.

Wir haben dafür gesorgt, dass sich die kreisangehörigen Gemeinden, die über die Kreisumlage direkt betroffen sind, in Ruhe auf diese neue Situation einstellen können und dass sie Kompensationen bekommen, sodass die Kreise beim Naturschutz von der Jägerschaft nicht nur unterstützt werden, sondern dass die direkte Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden festgeschrieben wird. Ich denke an die Umweltbildung im Rahmen außerschulischer Lernorte oder die rollende Waldschule. All das wird jetzt verstärkt. Es liegt am Landesjagdverband und den Kreisjägerschaften, das Angebot, das diese Koalition gemacht hat, aufzugreifen.

Es gab eine Stellungnahme des Landkreistages, mit der der Untergang des Abendlandes durch den Wegfall der Jagdsteuer beschworen wird. Meine Damen und Herren, Lobbying ist das eine, die sachliche Arbeit ist das andere. Wir haben uns für die sachliche Arbeit und das ausgewogene Miteinander entschieden.

Es wird immer versucht, eine Neiddiskussion anzustacheln, indem man sagt, dass eine privilegierte Schicht besonders bevorzugt werde. Das alles ist Unsinn. Breite Bevölkerungsschichten arbeiten in diesem Sinne und setzen sich für Natur und Hege ein. Es ist falsch, den Jägern ein Töten um des Tötens willen zu unterstellen. Ihre Arbeit bringt den Naturhaushalt wieder ins Gleichgewicht. Wir sind auf die Jäger angewiesen.

Lassen Sie mich ganz klar feststellen: Wir sagen Nein zu einer Neiddiskussion. Wir sagen Ja zu den Leistungen der Jägerschaft, die wir anerkennen. Wir sagen Ja zur Festschreibung der heute freiwillig erbrachten Leistungen als Kalkulationsgrundlage für Kreise und kreisangehörige Gemeinden. Wir sagen genauso Ja zur finanziellen Absicherung für die Einzelfälle, in denen ein Jäger das Fallwild nicht beseitigen kann. Dann können die Straßenbaulastträger, die Kreise oder kreisfreien Städte auf ein Treuhandkonto beim Landesjagdverband zurückgreifen. Das ist auch etwas Neues.

Wir sehen darin einen fairen und gerechten Leistungsaustausch. Wir sagen Ja zur Abschaffung der Jagdsteuer. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die SPD-Fraktion erhält Frau Kollegin Wiegand das Wort.

Stefanie Wiegand (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich klarstellen, dass auch die SPD die Leistungen der Jägerschaft für Natur und Landschaft selbstverständlich anerkennt und würdigt.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

Doch anders, als hier vermittelt wird, ist der christliche Ritter Rainer Deppe nicht der edle Robin Hood. Ebenso wenig ist Seine Exzellenz Holger Ellerbrock von den liberalen Wegelagerern der barmherzige Bruder Tuck. Denn diese nehmen gemeinsam den Reichen und geben der Armen.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN – Holger Ellerbrock [FDP]: Oh! – Zurufe von CDU und FDP)

Ihr heute eingebrachter Gesetzentwurf ist sicherlich nicht mit dieser englischen Sozialromantik des Mittelalters zu umschreiben. Schon eher ist dieser Politikthriller frei nach dem legendären Posträuber Ronald Biggs aus dem Jahr 1963 „Die Gentlemen bitten zur Kasse“ eines Archibald Arrow und Arthur Finnegan in den filmischen Hauptrollen würdig. Im englischen Ledburn ging es damals um 2,6 Millionen £.

Im nordrhein-westfälischen Landtag inszenieren nur Sozialregisseur John Rüttgers und sein Kulissenschieber Edge Uhlenberg ein 8,3-Millionen-€-Bühnenstück auf Kosten der Kreise und kreisfreien Städte.

(Beifall von der SPD)

Schließlich wollen John Rüttgers und seine Mannen zum nächsten Jägertag in edlen Ritterrüstungen glänzen und nicht wieder als die Hofnarren auftreten, deren fest versprochene Weissagungen schon wieder nicht in Erfüllung gegangen sind. Dabei verschweigen sie, dass sich ihr Orakel vom Geldsegen für das gemeine Jagdvolk erst dann richtig erfüllen wird, wenn sie schon gar nicht mehr in Amt und Würden sind und sich die Nachfolgeregenten mit den gebeutelten Dörfern und Städten herumschlagen müssen.

(Beifall von Jürgen Unruhe [SPD])

Zweiter Akt. Der Sheriff vom Niederrhein, H. Linsen, bezichtigt den Schurken James Rimmel und die böse Zauberin Hanny Craft des Verrats am Jagdvolk des North Rhine Westphalian Hunting District. Dabei will er in Wahrheit nur bei der Jagdabgabe Kasse machen. Schließlich fließt bis dato Cash in de Täsch nur den County-Haushalten zu, ohne dass sein Feudalherr John Rüttgers sich etwas Schönes davon kaufen könnte. Aber frei nach „We love the new“ bedient er sich nun an den Kriegskassen seiner Dörfer, ohne ihnen dafür den adäquaten Ausgleich zu gewähren.

(Beifall von der SPD)

Dieser Ausgleich ist aber im Übrigen im Friedensvertrag mit seinen Gefährten von der FDP fest niedergeschrieben. Aber so waren sie halt, die ach so edlen Ritter zu Robin Hoods Zeiten. Man versprach das Blaue vom Himmel und verteilte Bakschisch,

das der Beschenkte auch noch selbst bezahlen durfte.

So werden auch heute noch John Rüttgers und seinen Untertanen tolle Leistungen im Gegenzug für die Plünderung der Stadtsäckel versprochen: dass man sich zum Beispiel nicht mehr um das Fallwild kümmern müsse und dass die Kinder durch die neue Regelung praxisnahen Unterricht über die Natur erhalten würden. All das sind Leistungen, die auch heute schon erbracht werden und die die gebeutelten Kreise und kreisfreien Städte um keinen Cent entlasten.

So sprach einst der Landesherr John Rüttgers im Jahr des Herrn 2005 in diesem Hohen Hause an sein Wahlvolk: Wir wissen um die Finanznot der Kommunen und werden uns mit den Kommunen gemeinsam um eine angemessene Lösung bemühen.

So ende ich heute mit der Moral von der Geschichte: Schwarz-gelben Wahlversprechen traut man nicht.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Lady Wiegand.

(Allgemeine Heiterkeit)

Jetzt hat Herr Rimmel das Wort.

(Zuruf von der CDU: Ist das der Sherwood Forest? – Weitere Zurufe)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen heute leider nicht mit Analogien zu englischen Szenarien dienen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir befinden uns ganz trocken im Landtag Nordrhein-Westfalen. Ich komme Ihnen mit einer Stellungnahme und einem Zitat des Landkreistages.

(Zurufe von der CDU)

Das sind doch sonst die Organisationen, die Sie mit ihren Stellungnahmen zur Grundlage Ihrer Politik in allen möglichen Bereichen machen. Nur an dieser Stelle wollen Sie davon nichts hören.

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Sie müssen schon zuhören. Offensichtlich haben Sie es ja noch nicht gelesen, sonst hätten Sie den Gesetzentwurf schon zurückgezogen.

Ich zitiere: Die völlig zusammenhanglose Abschaffung der Jagdsteuer erweckt den Eindruck einer Politik zugunsten der jagdlich aktiven Bevölkerungsgruppe in Nordrhein-Westfalen und ist im Interesse der Allgemeinheit, der öffentlichen Kassen nicht akzeptabel.

Einen stärkeren Vorwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man der Regierungskoalition nicht machen. Sie betreiben mit der Abschaffung der Jagdsteuer – und das haben Ihnen die Vertreter des Landkreistages hier ins Stammbuch geschrieben – eindeutig Klientelpolitik.

Sie setzen damit den Raubzug durch die Kommunen an anderer Stelle fort. Es sind nämlich nicht unerhebliche Beträge, die bestimmten Kreisen in Nordrhein-Westfalen verloren gehen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Remmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Papke?

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu einem späteren Zeitpunkt;

(Widerspruch von CDU und FDP)

denn dann kann Herr Papke vielleicht auch zu den Zahlen, die ich Ihnen jetzt gerne vorlesen möchte, Stellung nehmen:

Für den Hochsauerlandkreis 750.000 € im Jahr, für den Kreis Euskirchen 650.000 €, und für den Kreis Siegen-Wittgenstein sind es gut 400.000 €.

Jetzt kann Herr Papke gerne fragen.

Vizepräsident Edgar Moron: Das ist ja prima. Bitte schön, Herr Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Remmel, Sie haben den Landkreistag zitiert. Ist Ihnen auch die schriftliche Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler aus der vorigen Woche bekannt? Der Bund der Steuerzahler hat die Abschaffung der Jagdsteuer ausdrücklich begrüßt

(Beifall von FDP und CDU)

und die Koalitionsfraktionen für diesen mutigen Schritt zur Abschaffung einer längst antiquierten Abgabe beglückwünscht. Er hat diese Maßnahme ausdrücklich begrüßt. Ist Ihnen diese Stellungnahme bekannt? Wie bewerten Sie dieses ausdrückliche Lob vom Bund der Steuerzahler für die Koalition dafür, dass sie die Jagdsteuer jetzt abschafft?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Wenn es um die Frage „Privat vor Staat“ geht – und das ist ja offensichtlich Ihr Thema –, dann ist mir die Stellungnahme des Landkreistages näher als die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht nämlich – und das macht diese Stellungnahme deutlich – um die Allgemeinheit. Sie haben

mit dem Gesetz eben nicht dargelegt, wie Sie die Einnahmeausfälle der Kreise kompensieren möchten. Daher wird in der Anhörung und in dem Gesetzgebungsverfahren zu prüfen sein, inwieweit das auch den Grundsätzen der Konnexität entspricht und ob Sie hier nicht Verfassungsfragen berühren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich möchte allerdings auch auf die von Ihnen genannten inhaltlichen Begründungen eingehen. Die ersten Mails, die eingegangen sind, deuten darauf hin, dass Sie hier ein Fass aufgemacht haben, und zwar in der Diskussion gegenüber allen Ehrenamtlichen. Wer leistet ehrenamtliche Arbeit? Wer tut etwas für die Allgemeinheit? Natürlich fragen zu Recht die Waldbesitzer, warum Sie denn nicht auch von der Steuer befreit werden, da sie ja die Waldwege frei halten. Natürlich fragen zu Recht die Ehrenamtlichen, die sich im Sport oder in der Musik engagieren: Wo werden wir möglicherweise steuerlich entlastet, was unsere ehrenamtliche Tätigkeit angeht?

(Zurufe von der CDU)

– Ich weiß, dass es Sie beunruhigt, weil auch sehr viele Betroffene in Ihren eigenen Reihen sitzen. Sie haben also auch ein Gesetz gemacht, das teilweise Sie selber begünstigt. Man kann verstehen, dass es da Klientelinteressen gibt, die von Ihren Fraktionen auch jeweils vertreten werden müssen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ellerbrock zulassen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich habe Ihre Handbewegung schon so gedeutet, dass Sie das möchten. – Herr Kollege Ellerbrock, bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Remmel, wenn Sie hier von Fassaufmachen sprechen: Wie beurteilen Sie denn die Arbeit der Naturschutzverbände, die staatlich unterstützt werden, der Biologischen Stationen, die ja auch teilweise ehrenamtlich arbeiten? Das muss man dann alles in einem größeren Kontext sehen.

(Beifall von der CDU)

Müsste man das nicht mit den gleichen Worten bezeichnen, wenn die Waldbesitzer zu Recht sagen: Wir möchten sogar Geld dafür haben, dass wir das tun, was die Biologischen Stationen und Naturschutzverbände auch machen, die vom Staat subventioniert werden?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Es gibt einen entscheidenden Unterschied, Herr Ellerbrock, was die Unterstützung der ehrenamtlichen Verbände, Naturschutzverbände, Gewerkschaften, Sportverbände, Musikvereine und Gegensatz zu den von der Jagdsteuer Betroffenen anbelangt: Es geht bei Ersteren immer um die Organisation, die unterstützt wird, bei Letzteren um das Portemonnaie der Einzelnen. Da gibt es wieder einen deutlichen Unterschied zwischen privat und Allgemeinheit. Sie haben sich eben für die Unterstützung des Privaten entschieden, und zwar des Klientels einer bestimmten Privatheit. Deshalb muss das hier an dieser Stelle auch deutlich angesprochen werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klein?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ja, sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Kollege Rimmel, Sie haben eben etwas zusammenhanglos eine ganze Reihe von verschiedenen, durchaus hilfreichen Personengruppen aufgezählt. Wollten Sie damit die Verbindung zur vielleicht von Ihnen noch vorzuschlagenden Abschaffung der Sektsteuer ziehen?

(Svenja Schulze [SPD]: Was soll das denn?)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Den Zusammenhang verstehe ich nicht. Den können Sie mir vielleicht in einem privaten Gespräch einmal erläutern.

Ich wollte deutlich machen – und das wird meines Erachtens durch die Stellungnahme des Landkreistages unterstrichen –, dass es sich hier eindeutig um eine Initiative handelt, die klientelorientiert ist, die ein bestimmtes, aus meiner Beobachtung heraus auch besser verdienendes Klientel betrifft. Das entspricht durchaus Ihrem Motto im Koalitionsvertrag.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Rimmel, Sie sind heute Abend ein gefragter Mann. Herr Abgeordneter Müller möchte jetzt auch eine Frage stellen. Bitte schön, Herr Müller.

Holger Müller (CDU): Schönen Dank, Herr Rimmel. – Sie nannten auch den Sport. Ist Ihnen bekannt, dass die ehrenamtlichen Übungsleiter im Sport 2.100 € steuerfrei haben? Ist Ihnen darüber hinaus bekannt, dass 500 € für Organisationsarbeit im Vorstand steuerfrei geltend gemacht werden können? Wenn Ihnen das bekannt ist, ist das Bei-

spiel, das Sie genannt haben, sicherlich nicht zielführend.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Das ist mir durchaus bekannt. An der Stelle finde ich es auch richtig. Bei der Frage, ob man von der Jagdsteuer entlastet werden sollte, wo es im Grunde – wenigstens teilweise – um ein Vergnügen geht, bin ich der Meinung, dass das nicht der Fall sein sollte. Jedenfalls entspricht das den Beobachtungen, die viele Menschen im Lande machen.

Deshalb kann ich mich nur dem Appell des Landkreistages anschließen, dass eine Abschaffung der Jagdsteuer gerade in den Zeiten der hereinbrechenden Wirtschaftskrise ein falsches Signal und angesichts der kommunalen Finanzlage verfehlt ist.

Abschließend – deshalb schließe ich hiermit – ruft der Landkreistag nachdrücklich dazu auf, den vorgelegten Gesetzentwurf nicht zu verabschieden. Dem schließt sich meine Fraktion vorbehaltlos an. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung begrüßt den von den beiden Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf zur Abschaffung der Jagdsteuer ausdrücklich.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die im Gesetzentwurf aufgeführten Vereinbarungen zur Entsorgung von Verkehrsunfallwild sowie zu den von den Jägern zu erbringenden Naturschutzleistungen und zur Umweltbildung mit dem Landesjagdverband getroffen werden. Damit werden die Leistungen der Jäger, die sie bereits seit Jahren ehrenamtlich erbringen, auf eine verlässliche Basis gestellt.

Der Präsident des Landesjagdverbandes hat auch zugesagt, dass der Landesjagdverband darauf hinwirken wird, möglichst zeitnah die im Gesetzentwurf der Fraktionen genannten Maßnahmen zur Erstellung eines Musterpachtvertrages mit Inhalten zur Verkehrsunfallwildentsorgung und die Einrichtung eines Treuhandkontos zur Absicherung der Verpflichtungen in der Entsorgung von Verkehrsunfallwild zu realisieren.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Ellerbrock gemeldet. Sie haben eine Minute und 46 Sekunden, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was hier an Redebeiträgen geliefert worden ist, ist das, was wir eigentlich auch erwartet hatten. Sachlich wird sich mit der Materie nicht auseinandergesetzt. Der Kollege Rimmel versucht, eine Neiddiskussion hervorzurufen.

Herr Kollege Rimmel, wir sehen auch den privaten Jäger als Teil der Gesellschaft, die sich hier einsetzt. Wir wollen die Steuer abschaffen, weil die Begründung für die Steuer – da haben wir ein Langzeitgedächtnis –, dass man mit Jagd Geld verdient, worauf der Kollege Deppe hingewiesen hat, doch inzwischen obsolet ist. Jagd kostet heute viel Geld. Jagd interessiert heute breite Bevölkerungsschichten. Wir erkennen das Engagement der Jägerschaft an. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, die Leistungen, die bislang freiwillig waren, festzuschreiben. Das ist eine Kalkulationssicherheit für die Kreise und kreisangehörigen Gemeinden und den Straßenbaulasträger.

Vor allen Dingen müssen wir aber eines sagen: Hier wird ein gerechter Leistungsausgleich geschaffen. Das ist eine gute Sache. Das Treuhandkonto als Versicherungskonto ist auch gut.

Es ist ja richtig, dass wir oft den Landkreistag zitieren. Wir sind aber kritisch und sagen: Wenn es nicht gerechtfertigt ist, haben wir auch überhaupt keine Probleme damit, dem Landkreistag zu widersprechen. Das mag für Sie neu sein. Für uns ist das tägliches Geschäft. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/8884** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

15 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Konnexitätsausführungsgesetz – KonnexAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8780

erste Lesung

Die Einbringungsrede wird vom Innenminister zu **Protokoll** gegeben. (Siehe *Anlage 3*) Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/8780** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

16 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8781

erste Lesung

Auch in diesem Fall hat man sich darauf verständigt, dass die Einbringung des Gesetzentwurfs schriftlich erfolgt und damit vom Innenminister zu Protokoll gegeben wird. (Siehe *Anlage 4*) Eine Beratung war auch ursprünglich nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/8781** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

17 Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8883

erste Lesung